

Erstmal in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mk. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Buchhändlern
auf den 1. und 15. Monat, und auf den
3. Monat für 1/2 Preis angenommen; im
Sonder-Vertrag und für 1/2 Preis. Sach-
schriften auch auf den 1. und 3. Monat
für 1/2 Preis.
Inserate
best. Verordnungen der Preiskommission 20 Pf.,
best. Privatangelegenheiten und 30 Pf. pro
Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postämtern und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Titel-Expeditoren.
New-York: Geo. Bremer, Genoss-
schafts-Verleger, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: F. Doh, 630 North
3rd Street.
J. Bell, 1189 Charlotte Str.
London: F. W. Sage.
Chicago: W. Vanleitman, 74 Clybourn Ave.
San Francisco: F. Doh, 418 O'Farrell
Street.
London: Bendish, 5 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 38.

Freitag, 30. März.

1877.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.
Der Preis beträgt 1 Mark 60 Pf. pro Quartal, 54 Pf. pro Monat für ganz Deutschland.
Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.
Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

- für Deutschland, Oesterreich, Helgoland und Luxemburg 3 Mark pro Quartal;
- für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;
- Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich, Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentlich 3mal 10 Mark pro Quartal, wöchentlich 1mal 4,80 Mark pro Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.
In dem Zeitungskatalog sieht der „Vorwärts“ im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/11, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Sagarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsgr. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: Volkmarndorf, Neuditz, Neuschönfeld u. c. bei Frau Engel, Neuditz, Ländchenweg 29, 2 Tr.; für Connewitz u. Hadert, Kurze Str. 10 part.; für Schöngauer und Umgegend bei F. Trost das.; für Thonberg bei Besch, Hospitalstr. 39/11. dahier; für Neudorf bei Bichan, 15 1; für Gohlis u. c. bei A. Hermsdorf, Lindenallee 7; für Stötteritz bei E. Grude, An der Papiermühle; für Pflagwitz-Lindenu bei Frau Griebenstein, Aurelienstraße 3.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

„Le socialisme contemporain en Allemagne.“

III.

Wenn wir den wie vorstehend titulierten Artikel aus der „Revue des Deux Mondes“ erst nach sechs Monaten zur Verantwortung heranziehen, und das noch mit Unterbrechungen, so liegt die Entschuldigung, daß es nicht der Artikel, nicht sowohl der vergangene Gegner ist, um den es sich handelt, als das unvergängliche Werk des Genossen Marx, es handelt sich um Entdeckungen, welche zu popularisieren für die Sozialdemokratie allzeit opportun (zeitgemäß) ist. Dazu kommen proletarische Geistesleistungen des Referenten, dem Witz und Mut fehlen, die Erscheinungen der Literatur aus erster Hand zu nehmen, zu kaufen und prompt hinterher zu sein.

Wir waren beim „Fundamental-Irrthum“ angefangen, und fragt es sich nun, wo derselbe steht, ob in den Köpfen des Monsieur de Laveleye und Consorten, oder im deutschen Sozialismus. Wir stehen nämlich vor der Frage, woher der Werth stammt, wie er entsteht, ob das Kapital oder die Arbeit ihn schafft. Die Gegner sagen: beide im Verein. Kapital und Arbeit zusammen erzeugen die Werthe. Gut! Aber das Kapital ist bekanntlich ein todt's Instrument, welches kein Leben hat und also auch keine Lebensmittel, keinen Profit oder „Rehrwerth“ bedarf. Um die Frage nach dem Werth wissenschaftlich zu erledigen, will vor allem bemerkt sein, daß Privatinteressen ihrem Verständnis hinderlich im Wege stehen. Die Sache ist in der That nur insofern fraglich, als gefragt wird, wem gehört der Werth.

Um Werthe zu erzeugen, muß man arbeiten, und um arbeiten zu können, muß man Instrumente, Stoffe, Mittel, Dinge oder Werthe haben, welche mit vergangener Arbeit gewonnen wurden, aufgehäuft sind und Kapital genannt werden. Darüber ist kein Streit, das wissen die Sozialisten so gut, wie die Bourgeois. Um nun weiter arbeiten, um neue Werthe nach civilisirter Art erzeugen zu können, müssen Arbeiter und Kapital gemeinschaftlich an's Werk gehen. Was dabei aufgearbeitet wird, die verschliffenen Stoffe und die verschliffenen Kräfte, sind fort und fort zu ersetzen.

Das ist nicht fraglich: das Kapital muß leben, insofern darunter der Ersatz für alles Verschiffene zu verstehen ist, und die Arbeit muß leben, wenn irgend die Produktion fortgesetzt werden soll. Darüber ist kein Streit. Es fragt sich nur, wem gehört der Profit, wer soll den „Rehrwerth“ genießen. Es handelt sich um den Gewinn. Die kapitalistischen Interessenten behaupten, der Arbeiter sei zu unterhalten, und das Kapital habe zu profitieren. Die Sozialisten lehnen klar und deutlich das Umgekehrte. Dem Arbeiter gehöre der Gewinn, und das Kapital, das todt's Instrument, sei nur zu unterhalten. Nun tritt der Kapitalist hervor und zeigt doch hinter dem todt's Instrument ein lebendiger Kerl steht. Der Streit schwebt nicht um zwei

Objekte, um Kapital und Arbeit, sondern um die Subjekte, ob die besitzende oder die arbeitende Klasse den Vortheil haben soll.

Wenn die Interessenten des Kapitals sich gegen die Lehre auflehnen, daß Arbeit die Werthe zeugt, dann handelt es sich bei ihnen nicht um Wissenschaft, sondern um Praxis. Als vormalig die klassischen Forscher der Oekonomie die Natur des Werthes untersuchten, da zur Zeit war die Arbeit kaum mehr, als ein passives Zubehör des Kapitals. Unterdessen ist die Arbeit erwacht, hat sich als lebendige, menschenwürdige Substanz kennen gelernt und findet sich berechtigt, die Sache umzukehren und das todt's Kapital zu einer Accidens (Zubehör) der lebendigen Arbeit machen zu wollen.

Wenn wir mit den Klassikern der politischen Oekonomie sagen: Arbeit schafft den Werth, so soll damit nicht verneint werden, daß die Kapitalisten mitwirken. Es wird nur bestritten, daß der Besitzer als Verrichter mitwirkt. Ist er „Auch-Arbeiter“, so mag er sich in Reih' und Glied stellen. Wir arbeiten dann künftig wie bisher, in Gemeinschaft mit dem Ding, welches sich Kapital nennt, mit Probitant, Rohstoff, Werkzeugen und Maschinen, theilen aber das Produkt anders, so daß dem Kapital nur die erforderliche Unterhaltung, und dem Arbeiter die menschenwürdige zu Theil wird.

Die Wortführer des Kapitals wollen die Wissenschaft umkehren, weil sie uns das Geheimniß der Profitmacherei verrathen hat. „Beinahe alle Oekonomen“, sagt Monsieur de Laveleye, „von Adam Smith bis auf Thiers, behaupten, daß die Arbeit den Werth erzeugt. Wenn man diese Prämisse zuläßt, wird Marx mit einer unwiderleglichen Logik darthun, daß Kapital das Produkt der ungerechten Ausbeutung ist.“ ... „Wenn man Marx liest, findet man sich eingekwängt zwischen den Räubern seiner stählernen Logik, man wird gleichsam die Beute eines Alpenweil, wenn man die Prämisse zugeben hat, welche den zweifellosesten Autoritäten entlehnt ist, man den Konsequenzen nicht mehr entziehen kann.“ ... „Wenn man die Theorie des Werthes zugiebt, welche durch Smith, Ricardo, Bastiat und Carey so sehr verbreitet ist, dann sind wir verloren. Maurice Bloch hat versucht zu widerlegen, daß der Arbeiter seinen Unterhalt in einem Theile des Arbeitstages erzeugt, und der andere Theil des Tages vom Patron in Anspruch genommen wird; ... indessen ist diese von Marx constatirte Thatsache unbestreitbar. Der Prinzipal kann demjenigen, den er beschäftigt, nicht den vollen Werth, keine volle Entschädigung für das Produkt geben, welches geschafft wird. Denn wenn er das thäte, womit wolle er die Interessen des Kapitals und die Rente, womit Zahlung für sein Risiko und seine Bemühung leisten?“ ...

„Die Geschichte beweist es: immer mußte ein Theil der Arbeit zum Vortheil Dessen geleistet werden, der über die erforderlichen Arbeitsmittel disponirte; so war es in der Sklaverei, in der Leibeigenschaft, in der Hörigkeit, und so ist es bei der Lohnarbeit.“ ... „Das Faktum ist richtig, aber nicht mit ökonomischen Subtilitäten (Feinheiten) über den Rehrwerth läßt sich eine Verteilung des Produkts angreifen, welche auf dem bürgerlichen Gesetz (des lois civiles) fußt. ... Wollt ihr, daß der Produzent mit seinem ganzen Produkt gelohnt werde, so macht ihn zum Kapitalisten.“

Richtig! das ist der wahre Vorschlag, das wollen auch die Sozialisten: der Arbeiter soll Kapitalist, der Kapitalist Arbeiter werden, und zwar in der Weise, daß die Instrumente der Arbeit, Erde, Maschinen, Rohstoffe u. c. aus dem Privatbesitz erlöset und in der Nationalökonomie placirt werden. Die Veränderung in der Lebenslage beider Klassen würde dabei so groß werden, daß der alte Name nicht mehr paßt. Die Kapitalisten und die Arbeiter lösten sich auf und würden demokratische Genossen. Diese einzige, notwendige und verständige Lösung des Räthfels hat unser Franzmann nicht begriffen, darum will er die kleine Bauernwirtschaft favorisieren, predigt Bildung und Sparsamkeit, und verpricht: „Dann wird der Moment kommen, wo Alle Eigenthum haben, Alle vom Zins befreit sein werden, weil Jeder sein eigener Kapitalist ist.“

Unterdessen aber, daß Monsieur sich dieser sanguinischen Hoffnung hingiebt, machen rund um ihn in aller Herren Ländern die Thatsachen den entgegengesetzten Weg. Im Fortschritt der landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung entfernen sich die Arbeiter und ihre Arbeitsmittel immer weiter von einander. Je mehr neue Kenntnisse und Wissenschaften die Menschen belehren, wie das Größte in kürzester Zeit zu leisten ist, um so mehr sind dazu concentrirte Kapitalien erforderlich, um so unmöglicher wird der Kleinbetrieb, um so weiter rückt das Eigenthum von der Arbeit und die Arbeit vom Eigenthum. Aber Beides gehört zusammen. Ja wohl! Darum wird und muß die Zeit kommen, wo das Auseinanderdrängen der feindlichen Brüder in sein Gegentheil umschlägt, wo Beide sich die Hand reichen, Arbeiter und Kapitalisten mit einander fraternisiren und die Theilung des Produkts in Unterhalt und Profit, sammt den „lois civiles“ abschaffen. Alsdann wird möglich, was bis jetzt nur ein frommer Wunsch von Monsieur bleiben muß: „Eine große Menschenzahl besitz die Erde und die Werkzeuge, kann in der eigenen Weinlaube sitzen und die Früchte genießen, welche fleißige Arbeit einem unerschöpflichen Boden bringt.“

Die notwendige fortschrittliche Bewegung, die Anwachsung der kleinen zu großen Kapitalien, welche die Bauern und Handwerker ruiniert, wird, weil die Sache unbedeutend ist, links liegen gelassen. Das Fundamentalgeseß, das alle Oekonomen „von Adam Smith bis Thiers“ anerkennen, das Geseß, welches den Werth der Dinge von der Arbeit abhängig macht, die sie kosten, heißt „completter und fundamentaler Irrthum“, ohne daß man dem System, das auf diesem Geseße fußt und uns „zwischen die Räder seiner stählernen Logik zwängt“, etwas Anderes als einige leichte Blattheiten entgegenzusetzen wähte.

Sehen wir uns die „Thatsachen“ an, mit welchen Monsieur beweisen will, daß der Werth nicht im Verhältnis zur Arbeit steht: „An einem Jagdtage erlege ich einen Rehbock und du einen Hasen. Sie sind das Produkt derselben Anstrengung in derselben Zeit. Werden sie auch denselben Werth haben? Fünfmal wird der Werth des einen größer sein, als der Werth des andern.“

Wie wunderbar! daß dieser Franzmann, der, um zu verhüten, daß unsere Prinzipale den Profit nicht vorwegnehmen, auf den geistigen Einfall geräth, den Arbeitern anzurathen, sie sollen mittels Fleiß und Sparsamkeit sich zu Kapitalisten machen — daß nun dieser kluge, wohlwollende Mann so unklug und leichtfertig ist, alle jene Nebenumstände zu übersehen, welche erst das Werthgeseß zur Geltung bringen. Kann er denn bestreiten, daß die Tannen schlanke Bäume sind, trotzdem recht viele Krüppel unter ihnen? Oder daß Monsieur ein talentvoller Gelehrter, trotz der vielen Schnitzer, die er diesmal gemacht? Ausnahmen verächtlich die Regel nicht. Ob ich in der That einmal dieselbe Arbeitszeit dazu gebrauche, einen Hasen zu erjagen, während du einen Rehbock erlegst, so werde ich doch „durchschnittlich“ oder im Allgemeinen fünf Hasen holen, während du einen Bock austreibst.

Dazu noch erklären die Oekonomen ausdrücklich: das Werthgeseß kommt erst in der bürgerlichen Gesellschaft zu einem klaren Ausdruck, weil man hier erst lernt, die Produkte durch Arbeit willkürlich zu vervielfältigen. Nun ist das Jagen nach Hasen und Böden noch kein bürgerlicher Erwerb, sondern eine Kavalleriepassion. Sobald aber die Kavaliere, sammt Hasen, Rehböden und Wildnis vor der Cultur schwinden, wenn man sich dann verstehen muß, Wildpret zu züchten und zu cultiviren, dann wird nothwendig auch das Preisverhältnis zwischen Hasen und Rehböden ein cultivirtes, jedes Stück wird nach der durchschnittlich darauf verwendeten Arbeitszeit berechnet werden.

Weitere „Thatsachen“, welche das Werthgeseß widerlegen: Weizen, der auf gutem Boden wächst, wird besser gezüchtet und kostet weniger Arbeit, als dasselbe Kraut, welches auf geringem, unfruchtbareren Landern gezogen wird; und das auch durchschnittlich, regelmäßig und im Allgemeinen.“ Wäuter verkauft sich zu 4 Francs pr. Kilogramm und ist doch das kostlose Produkt der Kräuter, wovon sich die Kuh nährt.“ So steht es geschrieben; und es wird mir schwer, auf diese gedankenlosen Einwendungen eine ernste Antwort zu geben. Daß Kräuter, wovon sich die Kuh nährt, ohne Kosten und Arbeit in Frankreich oder Deutschland „durchschnittlich“ zu finden sind, ist einfach unwahr, und daß der gute Weizen, der auf fruchtbarem Lande wächst, dadurch mehr kostet, weil der Kapitalist das Monopol des guten Grund und Bodens hat, und also sich ein großes Stück Geld über Arbeit für die Benutzung zahlen läßt, daß demnach der Weizen von gutem Boden dennoch mehr Arbeit kostet, wie schlechtes Kraut, das weiß jeder Bauer.

Monsieur will behaupten: „Der Werth kommt von der Nützlichkeit; wir schätzen die Sachen nach dem Vortheil, den sie bringen.“ ... „Der Nützlichkeit muß man noch als Werthbedingung die Karität zufügen.“ — An diesem letzten Satzchen muß Jedem einleuchten, der Augen hat zu sehen, daß unser Kritikus ein Fremder ist in Israel. Was heißt in unserer Zeit „Karität“? Sobald die Forellen rar werden, treibt man künstliche Fischzucht, und wo ein Geschäftchen zu machen ist, da wird es gemacht. Keine Karität und keine Nützlichkeit, nur die Kosten der Arbeit sind zu berechnen.

Sollte man doch glauben, Emile de Laveleye, der große Umkehrer der ökonomischen Wissenschaft, mühte wissen, daß die Gesetze der Nationalökonomie auf dem breiten Wege der Cultur und nicht in der Wüste Sahara zu suchen sind. Er erklärt: „Dasselbe Wasser, obgleich es nützlicher ist, wie Gold und Edelsteine, und doch gemeinlich keinen Werth hat, ist in der Wüste alle Millionen der Erde werth. Daraus folgt denn, daß der oft wiederholte Satz: Wasser hat keinen Tauschwerth, weil es keine Arbeit kostet, offenbar zweifelhaft ist.“ Wenn man nun die Finger dieses vernünftigen Herrn in einen Schraubstock klemmt und ihn also unvernünftig schreiben machte, so würde deshalb seine Vernünftigkeit doch nicht zweifelhaft werden. Wohl aber berechtigen die trivialen Exempel zu dem Schluß, daß dem Manne die redliche Absicht fehlt, sich und seinen Klienten ein klares Verständniß der politischen Oekonomie beizubringen.

J. Diezgen.

Der Kampf um's Dasein in der Menschenwelt.

I.

Wenn die Geschichtsschreibung und Geschichtskennntniß einen allgemeinen Nutzen haben soll, so muß sie nach Art der Naturforschung Gesetze der menschlichen Entwicklung erkennen, ihre innere Nothwendigkeit aufzeigen und also zugleich warnen vor den Einseitigkeiten der Vergangenheit und verlässliche Wegweiserin der Zukunft sein. Diese Aufgabe der Geschichte ist schon von solchen tüchtigen Denkern wie Herder, die beiden Humboldt und Hegel, begriffen, vom Letzteren auch angeworfen, aber erst seit Darwin und Carl Marx möglich geworden — geleistet ist sie noch nicht. Jene geistreichen Männer hatten bloß ein Auge für die geistigen Errungenschaften der Einzelnen und der Völker; für sie hatten die leiblichen Lebensbedingungen, aus welchen dieselben hervortreten, wenig Bedeutung. Sie fanden nicht eben viel Schwierigkeiten dabei, eine Reihe geistiger Fortschritte in der Weltgeschichte nachzuweisen; sie mußten aber gekünstelte Erklärungsversuche machen, um das Hervorgehen jeder Entwicklungsstufe aus vorherigen denkbar zu zeigen. Besonders ist Hegel ein wahrer Tausendkünstler hierin. Es fällt ihm ganz leicht, z. B. das Christenthum als eine Verschmelzung und Ver-

föhnung in höherer Einheit des alten Hellenen- und Judenthums zu erklären, und den preussischen Staat seiner Zeit als wesentliches Ziel und Ende aller Weltgeschichte. Wer in der Luft des reinen Gedankens baut und mit lauter Lust, dem fügt sich bei lebhafter Einbildungskraft Alles leicht zum Ganzen. Man kommt dabei freilich über die Theologie nicht hinaus und wundert sich, wie diese „Offenbarung Gottes in der Geschichte“ so ganz das Gegentheil der darin gesuchten „Zweckmäßigkeit“ ist. Allein man fühlt sich immerhin wohlthätig durch einen gewissen Gerechtigkeitsfuss, welcher die Thaten und Untthaten der Vergangenheit nicht nach unsern heutigen Werthbegriffen misst, in jedem alten Aberglauben noch eine Spur in's Dasein strebender Vernunft, in jeder alten Weisheit noch eine arge Beschränktheit nachweist, und aus dem Ganzen ein regelrechtes Drama in drei Akten mit zahlreichen Aufzügen, welche innig zusammenhängen, gestaltet. Da erschienen in einem und demselben Jahre (1859) Darwin's „Ursprung der Arten“ und Marx's „Kapital“, welche keine Geschichtswerke sind, aber gleichwohl Bahnbrecher zu aller wahren ferneren Geschichtsschreibung. Der Erstere betritt den Weg einer wirklich erklärenden, naturgesetzmäßigen Geschichte der ganzen „Schöpfung“, freilich nur in einem engen Rahmen, indem er, den Begriff der Schöpfung und des Zwecks der Weltentwicklung beiseite lassend, wie seine Vorgänger Göthe, Oken, Lamarck, St. Hilaire, mittels des inzwischen riesenhaft angewachsenen Thatgeschaffens nachweist, daß eine materialistische Weltklärung schon jetzt möglich ist, welche wirklich befriedigt. Der Letztere zeigt, daß alle geistigen Leistungen aller Zeiten natürliche Gewächse des jedesmaligen Lebenslebens sind, und weist dies an der Geschichte der Produktion nach. Erst jetzt konnte Albert Hermann Lange seine verdienstliche Geschichte des Materialismus schreiben. Ueber diese behalten wir uns eine eingehende Beurteilung für ein anderes Mal vor; mit dem, was wir unter obiger Ueberschrift auseinandersetzen wollen, haben wir nur den Zweck im Auge, den schädlichen und schändlichen Mißbrauch aufzuklären, welcher mit der Darwin'schen Theorie vom Kampfe um das Dasein von solchen Kulturhistorikern und Geschichtsphilosophen wie Fehr, von Hellwald, Hartmann und der Schopenhauer'schen Schule im Allgemeinen getrieben wird.

Diese Schule verteidigt den Krieg als einen Teil des Kampfes um's Dasein, als nothwendig und nützlich, und mit dem Kriege auch die stehende Heere, den Militarismus und Caesarismus. Und warum nicht? — Hatte doch in den Karrenspielen des Mittelalters auch der Teufel seinen Advokaten. Unser Zeitalter hat es verlernt, sich über irgend etwas zu wundern; warum sollte es sich wundern darüber, wenn Kultur geschilbert wird als etwas Kultur Zerstörendes? Es giebt keinerlei Bahnsinn, dessen nicht ein Professor-Hirn fähig wäre.

Gerade das, was an der Darwin'schen Lehre eine unabweisbare Voraussetzung ist — die Malthus'sche Uebervölkerungsfurcht, die Annahme, daß von jedem Organismus zuviel Keime entspringen, als daß alle zur vollen Entwicklung kommen könnten, so daß nur die lebensfähigsten überleben, sich fortpflanzen und neue Arten bilden, wird als bewiesen hingenommen und zum Erklärungsgrund der Geschichte gemacht; alle entgegengesetzten Thatfachen werden vernachlässigt. Es giebt eine lange Reihe von Thatfachen, welche zeigen, daß, je größer die Fruchtbarkeit eines Lebewesens, desto größer in andern Hinsichten seine Verkümmernng ist; während umgekehrt bei einer reicheren Entwicklung aller Organe und ihrer Einrichtungen die Fortpflanzung sehr mäßig, und zuletzt sogar sehr schwer wird. Somit erscheint die übermäßige Fruchtbarkeit als ein Anzeichen beginnender Ausartung, wenn nicht gar baldigen Aussterbens. Sie ist nichts Normales und Durchgehendes, also für sich allein nicht ein genügender Erklärungsgrund aller Naturentwicklung.

Mehr noch: diese Lehre schmuggelt, vielleicht arglos, den Zweckbegriff wieder in die Naturforschung herein, den sie hinausgeworfen zu haben vorgiebt. Sie schließt nämlich so: „Jeder Vorzug, welchen ein Lebewesen vor andern seiner Art zufällig erwirbt, und welcher seine Anpassung an gegebene neue Daseinsbedingungen erleichtert, wird sich, wenn dauernd vererbt, in einer neuen und lebensfähigeren, also vollkommeneren Art oder Abart erhalten.“ — Allein jeder Vorzug hat einen entsprechenden Nachtheil im Gefolge und umgekehrt. Ein großes Thier ist z. B. unbehilflicher, ein kleines Thier gewandter. Die Vorzüge aber und Nachtheile müssen sich bei jedem Lebewesen die Wage halten, weil seine gegebene Lebenskraft — wie alle Kraft —

nicht vermehrt oder vermindert werden kann, ohne daß alle seine Lebensbedingungen gleichfalls sich verbessern. In der Regel werden erworbene neue Vorzüge einer Art, auf Kosten der andern, ihre nachtheilige Reifezeit dadurch zeigen, daß die Einzelwesen dieser Art, weil sie alle die gleichen Lebensbedingungen haben, sich dieselben einander schmäleren, was schließlich zu neuer Ausartung, oder zum Aussterben führt. Ein Naturwald z. B. von allen gleichjahr gesüßt wird, langsam und stirbt einmal ganz aus, um einer andern Art Waldbäume, welche da ihre besondere Nahrung u. s. w. noch nicht erschöpft finden, Platz zu machen. Von Vorzügen also und von Vervollkommnung der Arten zu reden, ist mißlich.

Aber zurück zur Fruchtbarkeit. Es ist gewiß, daß fette, oder gar gemästete Thiere wenig oder gar keine Nachkommenschaft zeugen, und daß gefüllte Blüten keinen Samen geben, während bei mäßiger Nahrung eine ziemliche Fruchtbarkeit fortbestehen kann, welche sich bei noch larger werdender Nahrung eine Zeit lang steigert, bis am Ende die Fruchtbarkeit mit der Nahrung zu Ende geht. Und wie Nahrung und mäßige Fruchtbarkeit nur innerhalb enger Grenzen neben einander bestehen können, so wird ganz allgemein das Darwin'sche Gesetz dahin vervollständigt werden müssen: daß die normale Fruchtbarkeit eines Lebewesens nur bei allseitiger Entwicklung aller seiner Organe und Verrichtungen gegeben, und dann immer mäßig ist, so daß in diesem Falle (wenn alle Lebewesen gleichzeitig sich alleseitig entwickeln könnten) eine Entstehung neuer Arten unerklärlich wäre. Sie wird bloß dadurch erklärlich, daß die Lebensbedingungen für jede Art gradweise verschiedene günstig sind, und daß immer bei vielen dadurch eine einseitige Entwicklung bedingt wird, welche bei großer Nahrungsfülle zum raschen Aussterben, bei abnehmender Nahrungsfülle zu größerer Fruchtbarkeit, schließlich aber ebenfalls zum Aussterben führt. In dieser Vervollständigung des Darwinismus ist kein Zweckbegriff mehr vorhanden. Denn die zunehmende Fruchtbarkeit ist keine zweckmäßige Veranstaltung der Natur, etwa um eine bedrohte Art Lebewesen im Dasein zu erhalten, sondern einfach die Folge davon, daß deren Lebenskraft, wenn anderweit verkümmert, in der Fortpflanzung um so stärker fortdauert — weil vorhandene Kraft nicht vernichtet werden kann. Die große Fruchtbarkeit aber führt zum Aussterben der Art, so gut wie die Unfruchtbarkeit.

Wenn also die Natur selbst schon einer Uebervölkerung vorbeugt, so braucht sich kein Pfaff oder Philosoph darum ein graues Haar wachsen zu lassen. Geradezu unverschämte aber ist die Vertheidigung des Krieges, welche sich auf zu fürchtende Uebervölkerung beruft; sie ist es doppelt, so lange eine Minderheit alle Lebensmittel monopolisirt, großentheils verunreinigt, oder deren Vermehrung hindert. Sobald einmal die Armut überall durch Gesetzgebung abgeschafft sein wird, wird es Allen immer wohlher gehen; und wenn es dann der Menschheit so wohl geht, daß das Gleichgewicht zwischen Nahrung und Fortpflanzung, durch eine Ueberfülle der ersteren gestört wird, hört die stärkere Fortpflanzung von selbst und ohne alle unmenschlichen Mittel auf. In derselben Richtung muß das schon erwähnte Naturgesetz dadurch wirken, daß bei fortschreitender Verkürzung der Arbeitsstunden die geistigen Beschäftigungen Aller sehr überwiegen werden, daß also eine Einseitigkeit des Organismus eintritt, welche die Fortpflanzungskraft schwächt, wie ja erwiesen ist, daß die fleißigsten Denker und fruchtbarsten Geister Kinder hinterlassen haben. Man darf sich an dieser letzteren Wahrheit nicht durch die Thatfache irre machen lassen, daß die protestantischen Geistlichen in der Regel eine fast unanständig große Kinderzahl haben — denn diese Klasse gehört ja nicht zu den fleißigsten Denkern und fruchtbarsten Geistern.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Reichstag vertagte sich, nachdem er in seiner Sitzung vom 24. März die Frage der Verlegung des Reichsgerichts zu Gunsten Leipzigs endgültig erledigt hatte, bis Dienstag den 10. April.

— In Bezug auf die Wahl Hasenclever's schreibt unser Berliner Parteiorgan unter Zugrundelegung der auch von

uns in voriger Nummer erwähnten Notiz der Berliner „Volkzeitung“ folgendes: „Die ganze Notiz der „Volkzeitung“ ist das vollendete Meisterstück einer Täuschung des Publikums. Zunächst hat die Wahlprüfungscommission des Reichstags gar nicht das Recht eine Wahl ungültig zu erklären. Die Commission hat nur einen Antrag auf Ungültigkeitserklärung zu stellen. Ferner ist es eine grobe Unwahrheit, daß 62 in der Berlebergerstraße wohnende Wähler protestirt hätten. Im Gegentheil hat sich die ganze Protest-Angelegenheit ziemlich sicher als ein größlicher Betrug einiger fortgeschrittlicher „Größen“ herausgestellt. Es haben nämlich nicht 62 Wähler einen Protest unterzeichnet, sondern nur 19. Von diesen 19 Protestirern haben aber 10 schriftlich erklärt, daß sie den Protest gar nicht selbst unterschrieben haben, sondern von fortgeschrittenen „Führern“ ihren Frauen und Töchtern die Unterschrift abgelodt sei; 6 andere haben nur in Folge falscher Vorpiegelungen die Unterschrift gegeben. Alle 16 erklären ferner, daß, wenn sie überhaupt gewählt hätten, sie unbedingt Hasenclever gewählt haben würden. Ja, man hat sich sogar erfreut, hinter den Namen eines Bekfahrers, ohne dessen Wissen und Willen die Bemerkung zu setzen: „Im Namen aller übrigen 76 Wähler“. Davon weiß der Mann Nichts. Er hat aber ebenfalls schriftlich erklärt, nur für Hasenclever zu stimmen. Alle diese Erklärungen der Protestirer — und es ist jetzt zu halten: 19 haben nur protestirt und von diesen 19 haben sich 16 für Hasenclever schriftlich erklärt — sind der Mandatsprüfungscommission des Reichstages rechtzeitig eingereicht worden. Es ergibt sich hiernach, daß die drei Protestirer, welche sich nicht für Hasenclever erklärt, von seiner absoluten Mehrheit abgezogen, die 16 hingegen, die sich für ihn erklärt, hinzugerechnet werden müßten, wodurch sich seine ursprüngliche Majorität noch um 13 Stimmen erhöhen würde. Wenn nun die Mandatsprüfungscommission trotz alledem diese Wahl ungültig erklären wird, geschieht das eben nach unserer Meinung keineswegs mit Recht. Wenn außerdem seitens der Mitglieder der Prüfungscommission behauptet wird, die Wählerlisten wären erst, nachdem sie bereits öffentlich zur Einsicht der Wähler ausgelegt, verheftet worden, so erlauben wir uns dies zunächst zu bezweifeln. Für das Beste verdient der Magistrat jedenfalls eine scharfe Rüge. Wenn das auf einem ländlichen Wahlkreise vorkäme, so wäre es noch zu entschuldigen, in der Hauptstadt aber nicht.“ — Unsere Berliner Parteigenossen gehen schon, wie eine Annonce in der „Berliner Freien Presse“ zeigt, mit aller Energie in den wahrscheinlich bevorstehenden neuen Wahlkampf.

— Das Briefgeheimniß im Deutschen Reich wird trefflich illustriert durch nachstehende Annonce in der „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ vom 24. d.:

„Die hiesige königliche Staatsanwaltschaft belegt Briefe, die unter meiner Adresse auf dem hiesigen Postamt eingehen, mit Beschlagnahme. Der Staatsanwalt Hecht läßt sie sich ausliefern und sendet sie mir erst, nachdem er sie geöffnet und durchgesehen — mit dem Siegel der Königl. Staatsanwaltschaft verschlossen — zu. Diese Maßregel hat er als öffentlicher Ankläger in einem politischen Prozeß ergriffen, in welchem ich am 16. Februar d. J. in erster Instanz freigesprochen bin, und in welchem er die Appellation eingelegt hat.“

Alle Diejenigen, die mit mir in Correspondenz stehen, bitte ich, hiervon Kenntniß zu nehmen.
Königsberg i. Pr., den 22. März 1877.

Hermann Arnoldt.

Eines Commentars bedarf es nicht. Unsere Abgeordneten werden dafür sorgen, daß dieser „Fall“ im Reichstag zur Sprache kommt und die gebührende Beleuchtung findet.

— Zur Briefstieberei. Ueber einen bereits früher im „Vorwärts“ und auch im Reichstag von Viebnecht erwähnten Fall schreibt man uns jetzt des Näheren: „Sollte das etwa Briefgeheimnißverletzung sein? Es war zur Blüthezeit des Kulturkampfes, im Mai 1876, als die Buchhandlung von Ed. Groppe in Trier die Bolander'sche Broschüre „Der Pösch“, an deren Confiskation damals noch Niemand dachte, an den Privatsecretär Herrn Cronmuss in Bräm an der Eifel sandte. Die Post in Bräm gab die Schrift indessen nicht an den Adressaten ab, sondern lieferte sie mit dem Vermerk „Zur Durchsicht“ dem Bürgermeister, als dem Chef der Polizei, aus.“

Während der Monarchie, die Disziplin des Heeres, die Vortrefflichkeit der parlamentarischen Gaukelei u. hindurch sehe ich die Wäse der Zukunftsfurcht auf euren Gesichtern. Ihr wißt ja auch wohl, es ist ein weltgeschichtliches Gesetz, daß von Zeit zu Zeit große Kataklysmen (Ueberfluthungen, Väder oder Kinstiere? wie heißt? Hr. Scherr?) und Kataklysmen eintreten müssen, um die Verblümte und verschlammte Menschheit im Hegefeuer ungeheurer Trübsal wieder reinzubrennen und wieder für eine Weile zu verjähren.“

Wahrlich Johannes Scherr redet gewaltig und nicht wie die Schriftgelehrten. Er hat einen starken Hang zum Propheten, wie der Schlusssatz dieses Citates zeigt. Bis seine Verkündigungen in Erfüllung gehen, wollen wir ihn einstweilen zu den kleinen Propheten zählen.

Seine Ausfälle gegen den Sozialismus abgerechnet, framt er weiter nichts aus als — um eine beliebige liberale Phrase zu gebrauchen — „abgedroschene sozialistische Redensarten“. Nur in Eines können wir uns nicht hineinbeugen, wie nämlich nach solch einer Scherr'schen Philippika die Rede eines sozialistischen Agitators beschaffen sein muß, um „zu zwei Dritteln verlogene Schilderungen vom sozialen Elend zu enthalten“.

Die Wissenschaft und der Sozialismus.

Während die Charlatane der Aferweisheit mit den bezahlten Agenten in Verunglimpfung und Beschimpfung des Sozialismus wetteifern, sieht ein Mann der Wissenschaft nach dem andern sich gedrungen, für den Sozialismus Zeugniß abzulegen. Die letzte Nummer der „Gleichheit“ bringt wieder ein solches Zeugniß. Dr. Theodor Dantscher, Privatdozent der Rechts- und Staatswissenschaft an der Wiener Universität, sagte in einem seiner Vorträge, nachdem er den Begriff der Persönlichkeit geschichtlich entwickelt hatte:

„... Endlich muß darauf aufmerksam gemacht werden, wie gerade in unserer Zeit die Anerkennung des Begriffes der Persönlichkeit auf einem neuen Gebiete sich vorbereitet. Auch mit der Heranbildung des Begriffes der politischen Freiheit ist nämlich das Wesen der Persönlichkeit noch nicht erschöpft; die folgende Zeit wird den Begriff der Persönlichkeit auch auf dem Gebiete der Arbeit verstehen lernen. Wir alle haben schon die Ahnung, daß das Wesen der Persönlichkeit auf diesem Gebiete nach einer Umgestaltung dränge, daß es seiner Entwicklung entgegen arbeitet auf dem sogenannten sozialen Gebiete. Dafür sind schon viele Anzeichen vorhanden; in der letzten fran-

Erinnerung an 1848.

In Baden fochten Männer
Einst für das Deutsche Reich,
Sie fochten für die Freiheit
Und Einheit auch zugleich.

Doch waren sie Rebellen,
Weil sie für Herrscher nicht,
Weil sie für's Volk nur stritten,
Nach eig'ner Wahl und Pflicht.

Es spieen die Kartätschen
In ihre Reihen Tod,
Es sank das deutsche Banner
In ihrem Blute roth.

Dann wurden die Gefangenen
Standrechtlich hingerichtet,
Und Preußens Krieger haben
In Baden triumphirt.

Der diese Krieger führte,
Siegreich nach Helten-Art,
Prinz Wilhelm war's von Preußen,
Der später Kaiser ward.

Ein tomischer Heiliger.

In Nummer 26 dieses Blattes haben wir eine Notiz gegen Johannes Scherr gebracht, weil derselbe behauptete, „die Agitatoren entwerfen immer zur Hälfte, oft zu zwei Dritteln verlogene Schilderungen vom sozialen Elend“. Hören wir nun, wie ein Zukunftsbild derselbe Herr im Februarheft der Neuen Monatshefte laufenden Jahres vom sozialen Elend entwirft.

„Der deutsche Philister und Reichsbürger nach der liberalen Schablone hat die Augen verblendet aufgerissen, als die letzten Reichstagswahlen verrichten, wie gewaltig im Reiche der Sozialismus um sich gegriffen habe. Als ob es anders sein könnte! Wenn Herzoge, Fürsten, Grafen und Freiherren für gut fanden, unter die Gräber zu gehen, warum sollten Bürgersleute sich nicht veranlaßt sehen, unter die Sozialisten zu gehen? Jeder will eben „seine Fortune possiren“, wie es im Vörsenjargon heißt. Der hochgelobte Industrialismus und die höhergelobte

* Dies: Millionendisponenten (Verfüger über Millionen). In dieser Worthellung soll ein sehr feiner Biss stecken, den der Leser errathen möge.

Auf eine später erfolgte Reklamation des Empfängers erklärte der Postmeister Arimond: 1) der Bürgermeister kenne die Prosküre nicht (!) und habe sie nie nennen hören. (!) Als Herr Cronynus aber auf seinem Eigentumsrecht bestand und hinzusetzte, der Bürgermeister Michels habe ihm die bezügliche Mittheilung gemacht, und als dieser in Gegenwart des Postmeisters und Bürgermeisters dies zugeben mußte und hinzufügte, der Kreuzbandstreifen sei verkannt worden, sagte der Bürgermeister: „Die Schrift habe ich hier liegen, gebe sie aber nicht heraus, weil auf derselben steht: Das Volk ist dazu da, um Steuern zu zahlen.“ Ich will Ihnen jedoch das Schriftchen bezahlen.“ Mit diesem Versprechen — ob die Zahlung erfolgte, wissen wir nicht — sei man, meinte lachend der Postmeister Arimond, die Sache erledigt. Dies war jedoch nicht der Fall; denn bald darauf befahte sich der Untersuchungsrichter mit derselben. Herr Ritterat W. Koch, damals in Trier, erhielt nämlich durch die betreffende Buchhandlung zufällig Kenntniß von der Sache und als Mitarbeiter der „Deutschen Post“ in Berlin glaubte er der Angelegenheit, die offenbar eine Verletzung des Briefgeheimnisses enthielt, näher treten zu sollen. Vor Publikation derselben fragte er jedoch, um sich zu vergewissern, bei dem Postmeister in Brüm an. Dieser aber fühlte sich durch die offene Karte „beleidigt“ und übergab die Sache zur weiteren Veranlassung der Oberpostdirektion in Trier. Postmeister Arimond gab an, durch ein Versehen sei die Schrift in die Hände der Ortspolizei gerathen, was aber nicht der Fall war, da die zeugeneidliche Vernehmung des Schreibers Michels constatirt hat, daß der Vermerk „Zur Durchsicht“ auf der Adresse stand. Und was that das Gericht? Nichts! Es hat die Beleidigungsklage fallen lassen und die Sache war — erledigt! — Ja, ja, die Briefe sind in den Händen der Postbeamten so sicher wie die Bibel auf dem Altar! sagt schon jener sprachreimende Ehren doktor.

„Deutschland ist das freieste Land in Europa und wir haben das höchste Maß der Pressfreiheit,“ sagte ein nationalliberaler Durchfallscandidat und Professor der (Unwissenheit in) Nationalökonomie und Landwirthschaft, den wir zur Strafe nicht nennen, während der verflorenen Wahlcampagne, und der komische Kautz steht mit diesem Ausdruck auch nicht allein. Zur praktischen Illustration des geflügelten Wortes drucken wir ab, was die „Chemnitzer Freie Presse“ an der Spitze ihrer Abonnementeinladung schreibt: „Die sechs Jahre ihres Bestehens brachten der Redaktion mehr als fünfzehn Jahre Kerker. Von den Redakteuren der „Chemnitzer Freie Presse“ haben zwei vor Kurzem nach jahrelanger Haft die Freiheit begrüßt, zwei schmachten auf Jahre hinaus im sächsischen Landesgefängniß, und zwei stehen schon wieder an der Schwelle des Kerkers.“ Das ist die deutsche Pressfreiheit.

Die Noth unter den Arbeitern in Westfalen und Rheinland hat eine Höhe erreicht, die geradezu mit Schauder und Schrecken den noch nicht verhärteten Menschen erfüllt. Selbst die nationalliberale „Rhein- u. Ruhrzeitung“ schreibt in einer Weise, die man bei uns gewiß als Uebertreibung und Aufhegerei hinstellen würde: „Es ist zwar in Folge Anordnung der staatlichen Behörden eine strengere Ueberwachung der Bettelci eingetreten, aber wer da glaubt, dieselbe habe abgenommen, der irrt sehr. Die Bettler sind nur vorsichtiger geworden, sie wissen sich der Aufmerksamkeit der Polizei mehr zu entziehen. Es mag sein, daß die gewohnheitsmäßigen Bettler an Zahl abgenommen haben, dagegen hat die Zahl der wirklich bettelnden Personen in erschreckender Weise zugenommen. Junge, kräftige Leute gehen von Thür zu Thür und mag dies auch in anderen Zeiten empören, augenblicklich kann man es den Leuten nicht verdenken und wer einsichtsvoll genug ist, der muß sich sagen, die Leute können nicht anders. Sie wollen und können doch nicht verhungern, Arbeit können sie nirgends bekommen, viele unter ihnen sind schon seit Monaten arbeitslos und die Hilfe, welche die Armentafeln gewähren und gewähren können, ist unzulänglich, abgesehen davon, daß diese Hilfe noch lange nicht in allen nöthigen Fällen genährt wird. Andere Personen, die sich scheuen, selbst die Mildthätigkeit Anderer in Anspruch zu nehmen, schicken ihre Kinder zum Betteln aus. Diesen wird

zösischen Revolution haben diese Gedanken furchtbaren Ausdruck gefunden. Auch theoretisch versucht man auf alle mögliche Weise das Wesen der Persönlichkeit auf sozialem Gebiet zum Ausdruck zu bringen. Es entstehen soziale Theorien und Systeme, um die Bestimmung der Persönlichkeit im Gebiete des Erwerbes und der materiellen Güter zu erfüllen; einzelne politische Versuche sind auch schon gemacht worden. Auf theoretischem Gebiete wird nun diese Entwicklung der Persönlichkeit angestrebt zunächst im sogenannten Communismus; dieser erblickt im Eigenthum und der jetzigen Vererbungsweise des Besitzes die Quelle der wirtschaftlichen Ungleichheit — in anderer Weise versuchen es die sozialen Theorien. Zu diesen gehören alle Versuche, welche eine Organisation anstreben, damit die Arbeit das Individuum allein zu einem ihrem Maße und ihrer Arbeit entsprechenden Besitze führe — allein man ist auch an den Staat herangetreten, hat ihn um die Lösung des sozialen Problems angegangen, daß er diesen Begriff der Persönlichkeit verwirklichen solle. Man verlangt dies mittelst der sozialen Demokratie, darin liegt ein ganz anderer Gedanke als in der Republik; man verlangt nämlich vom Staate Hebung der niederen, nicht besitzenden Klasse. Auch dieser soll die Möglichkeit geboten werden, durch ihre Arbeit sich zu heben und zum Kapitalbesitze zu gelangen. Der Staat soll Unternehmer werden, er soll sein Kapital mit der Arbeitskraft der nicht besitzenden Klasse verbinden; der Staat könne nämlich den Unternehmergewinn dem Arbeiter geben, da er selbst ihn nicht braucht. Dies ist die Idee der Organisation der Arbeit. Ober man verlangt vom Staat, er soll zinslose Kapitalvorschüsse dem einzelnen geben; vorzugsweise soll Stoff für die Arbeit dem einzelnen gegeben werden. Der Staat soll solche Einrichtungen treffen, daß jeder in Verhältnis zu seiner Arbeitsfähigkeit auch Stoff bekomme, um die Arbeitsfähigkeit betätigen zu können. Diesen Stoff bekommt er nun dadurch, daß der Staat ihm unverzinsliche Kapitalvorschüsse giebt, daß er diese durch seine Arbeit abarbeite und bezahle. Diese Idee ist die der Organisation des Credits und die soziale Demokratie ist es, welche die Verwirklichung dieser Ideen durch den Staat anstrebt. Während die Republik sich damit begnügt, das Wesen der Persönlichkeit in der Verfassungsform zum Ausdruck zu bringen, die Freiheit und Gleichheit der Individuen herzustellen, allen das Stimmrecht einzuräumen, ist es bei der sozialen Demokratie anders. Diese geht so lange Hand in Hand mit der Republik, als es sich um die Verwirklichung des allgemeinen Stimmrechtes handelt; dann tritt eine Trennung ein, denn während die Republik mit der Erreichung einer solchen Verfassung ihr Ideal erreicht hat, hat die soziale Demokratie diese Ver-

auf solche Weise das Laster des Müßiggangs und der Vagabondage anerzogen und dadurch eine Entsittlichung der kommenden Generation herbeigeführt. Vom Betteln zum Stehlen ist nur ein Schritt und mancher, den die Noth zu dem ersteren getrieben hat, geräth auf dieser abschüssigen Bahn auch zu dem letzteren. Wer gezwungen ist, mit solchen Leuten umzugehen, wem wiederholt die Noth und der Hunger als Entschuldigung für Verbrechen entgegengehalten wird, dem drängt sich wohl das Gefühl auf, daß es die höchste Zeit ist, gründlich Hand anzulegen, um den Nothstand und die Arbeitslosigkeit zu vermindern und zu beseitigen.“

So schreibt ein nationalliberales Blatt! Ja gewiß ist es die höchste Zeit, Hilfe zu leisten — aber anstatt dies zu thun, verfolgt man in empörender Weise alle diejenigen Personen, vorzüglich die Sozialdemokraten, gerade weil sie in vernünftiger Weise Abhilfe schaffen wollen. Wie wir nachträglich erfahren, hat man alle „auswärtigen“ Arbeiter möglichst aus Westfalen und dem Rheinland entfernt, um den einheimischen Arbeitern Luft zu verschaffen. Das ist sehr — liberal, stimmt namentlich gar hübsch mit der gerühmten „Freizügigkeit“ und hat den ferneren Vortheil, daß die „einheimischen“ und „auswärtigen“ separat, auf eigene Faust, Jeder an seinem Geburtsort — verhungern können. Lieb Vaterland, magst ruhig sein, das Geschlecht der Staatsmänner à la Camp-hauen und Achenbach ist noch nicht ausgestorben.

Zur Frage der Aenderung der Statuten der Knappschaffskassen. Das Comité der arbeitslosen Vergleute hat an den Vorstand des Würtischen Knappschaffsvereins zu Bochum eine Eingabe gelangt, in welcher beantragt wird, eine Statutenänderung dahin vorzunehmen, daß in Anbetracht der unverschuldeten Arbeitslosigkeit der Vergleute dieselben von der Beitragszahlung zur allgemeinen Kasse für die Dauer der Arbeitslosigkeit entbunden werden, ohne ihre Rechte an die Kasse zu verlieren. In den Gründen heißt es, daß durch die gegenwärtige Geschäftsweise ohne jeden Erwerb dem größten Mangel preisgegeben wird. Die natürliche Folge ist Entbehrung des zum Leben Nothwendigen, Krankheiten verschiedener Art. Die Communalbehörden werden täglich von Hunderten arbeitsloser Vergleute mit Gesuchen um öffentliche Arbeiten bedrängt, ohne daß die Ersteren Hilfe gewähren könnten. Noch viel trauriger ergeht es aber den erkrankten Arbeitern. Das Knappschaffstatut besagt, daß dieselben nur dann ein Anrecht auf Unterstützung haben, wenn sie in der Bergarbeit erkrankt oder arbeitsunfähig geworden sind. Wohl steht ihnen nach Austritt aus der Arbeit das Recht zu, ihre Beiträge zur Kasse weiter zu entrichten, um des Anrechtes an dieselbe nicht verlustig zu werden; aber wie können sie ihre Beiträge aufbringen, wenn ihnen, wie gegenwärtig, jeder Erwerb fehlt? Arbeiter, welche 10, 15, viele sogar 20 Jahre ununterbrochen ihre Beiträge zur Kasse gezahlt, sind so innerhalb weniger Wochen ihres Anrechtes an dieselbe verlustig geworden, und dies ganz ohne ihr Verschulden. Hier befindet sich im Statut eine Bestimmung, durch welche Tausende schweren Noththeil erleiden. Wie allgemein bekannt ist, besitzt die Kasse einen starken Fonds, und stellt das Comité deshalb im Namen der zahlreichen arbeitslosen Kameraden aus dem Dortmunder Kohlenrevier den Antrag: Sämmtliche abgelegten Vergleute, welche länger denn zwei Jahre der Knappschaffskasse als zahlungspflichtiges Mitglied angehört haben, in ihren bisherigen Rechten unentgeltlich bis zum 31. Dezember 1877 zu belassen. — Wir halten diesen Antrag für völlig gerechtfertigt bei den drakonischen Bestimmungen der Knappschaffskassen. Dieselben bedürfen überhaupt dringend einer allgemeinen Revision, da sie früheren Zeiten entstammen und den Stempel der Reaction doch allzudeutlich an der Stirn tragen.

Gelegentlich der Feier des 18. März fanden in Bern abermals schändliche Exzesse der Polizei und des Ordnungspöbels statt. Wir warteten mit der Mittheilung, weil die Nachrichten sehr widersprechend waren. Es hat sich aber nun herausgestellt, daß unsere Parteigenossen (Wakunischer Richtung) durchaus in ihrem Rechte waren, und daß sie auch nicht der entfernteste Vorwurf treffen kann. Wir erklären dies ausdrücklich, weil man gegnerischer Seite den Versuch macht, die Sache der Sozialisten, welche in Bern das Opfer eines pöbel-

fassungsform nur angestrebt, um vermöge dieser die Herrschaft über die Staatsgewalt zu bekommen, sich in den Besitz der gesetzgebenden Gewalt zu setzen und mit dieser Herrschaft das soziale Problem zu lösen. Sie betrachtet die Verfassung nicht als Ideal, sondern als Mittel zum Zwecke. Wie eine neue Gesellschaftsform begann, indem die menschliche Gesellschaftsform aus der ständischen in die freie staatsbürgerliche Gesellschaftsordnung überging, so wird auch eine solche Veränderung in der Zukunft stattfinden: an die Stelle unserer jetzigen Staatsbürger-Gesellschaft wird eine neue Gesellschaftsform treten. Wir haben freilich noch keine Vorstellung, wie dieser Gedanke sich in concreto verwirklichen werde; wir wissen nur, daß eine Lösung kommen wird für das, was man mit der sozialen Frage bezeichnet.“

Es ist doch gut, wenn man König ist — dann hat man doch wenigstens das Recht, die Wahrheit zu sagen. Schloß da z. B. der König von Sachsen seine Geburtsstagsrede an Kaiser Wilhelm mit den bedenklichen Worten: „Mögen Euer Majestät das auf blutigen Schachfeldern gegründete deutsche Reich noch viele Jahre in ungebrochenem Frieden und Wohlergehen regieren.“ Wie mancher Sozialdemokrat ist schon mit dem Strafrichter in Conflict gekommen, weil er sich über den Ursprung des preussisch-deutschen Reiches ähnlich geäußert.

Zum Culturkampf. Die „Steeler Zeitung“ enthält folgende Mittheilung: „Heute (21. d.) Morgens ist von hiesigen (Steeler) Bürgern folgende Depesche an den Regierungspräsidenten in Heren Bitt er zu Düsseldorf abgegangen: „Steele beabsichtigt, am Gedurstage Sr. Majestät großartig zu flaggen. Wird dasselbe an den bevorstehenden Plusfesten auch gethelt sein? Rückantwort bezahlt. Im Namen vieler Bürger: Anton Lale.“ Darauf erhielt der Unterzeichner heute Mittag folgende Antwort: „Geheilte Frage bleibt unbeantwortet. Regierungspräsident Bitt er.“

Ein Radikalmittel. Mit Zustimmung ihres Staatsrathes erließ Manababamajala, Königin von Madagaskar, ein Gesetz, wonach in allen Häfen ihres Reiches die Verkäufer von Spirituosen verantwortlich sind für Nothdruhen und Verbrechen, welche in Trunkenheit verübt werden. Ein Schenkwirth wurde bereits gehängt, weil er nicht sagen konnte oder wollte, wer den Branntwein lieferte, durch dessen Genuß ein Betrunkener einen Mord verübte.

Eine ergreifende Illustration der augenblicklichen sozialen Lage finden wir in lokalen Theile der „Frankf. Zeitung“. Da heißt es: „Verstorbene Woche wurden 100 Bettler und eine große Anzahl obdachloser Dinnen bestraft.“ Das ist die „Schwere Noth der Zeit“ — Hunger und dann noch Gefängniß!

haften Attentats geworden sind, von der unrigen zu trennen. —

Wie wir erfahren, gedenkt unser dänischer Parteigenosse Pio noch in diesem Monat nach Amerika zu reisen, um dort der projektirten sozialistischen Colonie die Wege zu bahnen.

Es leben die Feinde! Die Polizei hat den Halberstädter Sozialdemokraten, wie wir nachträglich erfahren, zu ihrem Parteiorgan verhofsen. Sie verbot ihnen nämlich die Verbreitung eines Aufrufs zur Reichstagswahl, und darauf erschien derselbe als Probenummer einer Zeitung, was nach dem Gesetz nicht beanstandet werden konnte. Aus der Probenummer ist nun eine wirkliche Zeitung entstanden.

Die Jacoby'sche Begräbnißfeier wird ein sehr eigenthümliches Nachspiel erhalten; es soll nämlich über die sämmtlichen Redner eine Polizeistrafe verhängt werden. So will es wenigstens das „Berliner Tageblatt“ wissen und wir glauben es gern.

Bei der am Sonnabend, den 17. März, in Stuttgart stattgehabten Verhandlung gegen unsere Parteigenossen Hirsch, Burghard und Gutekunst, wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“, wurde Hirsch zu 4 Wochen und Burghard zu 3 Wochen Gefängniß und in die Kosten verurtheilt, Gutekunst dagegen freigesprochen.

Auf verschiedene Anfragen haben wir zu erklären: Die Reichstagsreden unserer Abgeordneten werden laut Congressbeschuß nicht im „Vorwärts“ veröffentlicht, weil dieselben zu viel Raum einnehmen würden. — Die Nothwendigkeit einer sozialistischen Reichstagscorrespondenz wird allseitig anerkannt, und unsere Abgeordneten haben sich in Berlin wiederholt mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Sache hat aber sehr große Schwierigkeiten, die sich bisher nicht überwinden ließen. Es sind insofern die nöthigen Schritte gethan, um nach den Osterferien, wo die Session voraussichtlich sehr interessant werden wird, das Erscheinen regelmäßiger Reichstagsberichte wenigstens im Centralorgan zu ermöglichen. — Wer auf die offiziellen stenographischen Reichstagsberichte zu abonniren wünscht, hat sich an die Post zu wenden.

Warnung. Die Kautz'sche Verlagshandlung in München versendet Prospektusse eines Nachwerks: Die Sozialdemokraten oder Blaues Blut im Volke. Geschichtlicher Zeitroman von einem Sozialdemokraten.“ Und zwar wird der sozialdemokratische Verfasser als „einer der hervorragendsten Führer der Sozialdemokraten“ bezeichnet. Natürlich ist das schamlos gelogen, und wer auf den Veim geht, ist um sein Geld geprellt, und das musikalische Bierglas, welches er mit der „letzen“ Lieferung (die Zahl der Lieferungen ist schlauerweise nicht angegeben) bekommt, wird eine Melodie spielen nach dem Text: Die Dummen werden nicht alle. —

Erklärung.

Bei einigen Parteigenossen ist der Gedanke aufgetaucht, daß ich im Interesse der Partei richtiger gehandelt haben würde, wenn ich das Reichstagsmandat für Altona angenommen und das für den Berliner 6. Wahlkreis abgelehnt hätte, da dann unserer Partei ein Wahlkreis doch sicher erhalten worden wäre, während jetzt beide Wahlkreise wieder verloren gehen können.

Zunächst bemerke ich, daß man nachher immer leicht einen guten Rath ertheilen kann; ferner erkläre ich, daß es mir persönlich angenehmer gewesen wäre, wenn ich meinen alten sicheren Wahlkreis hätte behalten können.

Aber im Partei-Interesse war es geboten, daß ich die Wahl in demjenigen Kreise annahm, in welchem ich die geringere Majorität hatte, und welcher bei einer eventuellen Neuwahl voraussichtlich die geringere Ansicht auf einen Sieg bot — und das war unzweifelhaft der 6. Berliner Wahlkreis.

Hätte ich für den 6. Berliner Wahlkreis abgelehnt, so glaube ich nicht, daß derselbe der Partei treu geblieben wäre; die Neuwahl wäre dann durch unsere Partei und durch mich veranlaßt gewesen — dies verzeihen die Wähler nicht leicht.

Anderer verhält es sich, wenn meine Wahl für ungültig erklärt wird, und zwar nicht etwa deshalb, weil unsere Partei bei derselben sich Ueberriffe oder Unrechtmäßigkeiten hat zu Schulden kommen lassen, sondern weil der hochlöbliche Magistrat der Hauptstadt des „deutschen Reichs“ oder dessen Beamte durch Verhinderung von Wahllisten eine Fahrlässigkeit an den Tag gelegt haben, wie sie nach dem Ausspruch eines Mitgliedes der Wahlprüfungscommission des Reichstags nicht in Krähwinkel, geschweige denn in Berlin vorkommen dürfte.

Die Antwort der Wähler des 6. Berliner Wahlkreises auf solche Fahrlässigkeit dürfte sehr leicht die Wiederwahl mit außerordentlicher Vermehrung der sozialistischen Stimmen sein.

Man glaube allgemein in der Partei, daß in Altona Sturmarn bei der Neuwahl der Sieg uns nicht entrisen werden würde. Daß dies doch geschehen, daran sind die unerhörtesten Wahlbeeinflussungen schuld — der Kampf selbst aber war für uns deshalb von großem Nutzen, weil man an demselben deutlich erkennen konnte, wie in Zukunft überall dort sich die Kämpfe gestalten werden, wo das Klassenbewußtsein sich hoch entwickelt hat. Und wenn es uns dann gelingt, Siege zu erröchten und nach und nach eine größere Anzahl von Sitzen in den gesetzgebenden Körpern zu erobern, dann haben diese Siege eine entscheidende Bedeutung, weil die Majorität der bewußten Wähler hinter ihren Abgeordneten, hinter denen der sozialistischen Partei steht.

Es wird meiner Meinung nach noch mancher Wahlkreis eine ähnliche Feuerprobe wie Altona durchmachen müssen, und besteht er diese, wie Altona unzweifelhaft sie nach drei Jahren bestehen wird, dann, nach der Niederlage der vereinigten Antisozialisten, wird der Wahlkreis immer sozialistisch wählen.

Im Uebrigen haben der Parteivorstand, die Altonaer Parteigenossen und meine näheren Freunde sämmtlich meinen Entschluß gebilligt, das Berliner Mandat anzunehmen.

Ich für meine Person gebe, wie der „Vorwärts“ schon einmal richtig bemerkte, nicht eine Nickelmünze für ein Reichstagsmandat, für die Partei aber werde ich selbstverständlich keine Mühe scheuen und bei einer etwaigen Neuwahl mit ganzer Kraft auch persönlich in den Wahlkampf eintreten.

Ich weiß, daß die Berliner Parteigenossen voll und ganz ihre Schuldigkeit thun werden, ich hoffe aber auch, daß die Parteigenossen in ganz Deutschland den Berlinern ihre thätigste Unterstützung nicht verlagern werden.

Leipzig, den 27. März 1877.
Mit bestem Gruß
Hafenclaver.
NB. Alle befreundeten Blätter werden um Abdruck gebeten.

Correspondenzen.

(L) Aus Galizien, 17. März. (Ein Rihilisten-Prozess.)

Zwischen den deutschen Sozialdemokraten und den russischen Rihilisten ist ein himmelweiter Unterschied. Obwohl die Einen wie die Anderen die Weltordnung anders und besser haben wollen, so sind die von den Einen und von den Anderen gebrauchten Mittel und gewählten Wege zur Erreichung des großen Zweckes ganz verschieden. Jedenfalls aber dürfte für die Leser des „Vorwärts“ interessant sein zu erfahren, daß gegenwärtig eben in Lemberg ein Criminalprozeß gegen vier Rihilisten im Zuge ist. Geseiern hat die Schlussverhandlung gegen die seit zwei Monaten verhafteten jungen Männer begonnen und obwohl ungeachtet des Protestes ihres Verteidigers Dr. Jaconowski, die Verhandlung bei geschlossenen Thüren mit Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich geht, werde ich Ihnen morgen einen blühenden Bericht über dieselbe erstatten. Hier will ich nur erwähnen, um was es sich handelt. Die russische Gesandtschaft in Wien hat die österreichischen Behörden aufgefordert, nach Personen zu fahnden, welche sozialistische Druckschriften nach Rußland aus dem Auslande, namentlich aus der Schweiz, schmuggeln. Die österreichische Polizei hat natürlich mit beneidenswertem Eifer dem Wunsch des guten Nachbarn Genüge gethan. Nach vielem Suchen hat man vier junge Männer verhaftet, namentlich: den hiesigen Akademiker Herrn M. Pawlik (23 Jahre alt) und die aus der Schweiz hier angelangten russischen „Unterthanen“ Herrn S. Jastrzemski (21 Jahre, Sohn eines russischen Beamten, gewesener Hörer der Charkower Universität), A. Czerepakina (25 J., Rediziner aus Kijew) und A. Karatjew (25 J., aus Odessa, gewesener Gemeindeführer). Die k. k. Staatsanwaltschaft klagt sie auf Grund der bei ihnen vorgefundenen Briefe des russischen Flüchtlings Professors Dragomanow aus Genf und des Redakteurs des sozialistischen Blattes „Wpered“, Herrn Robert Dale, des Verdrehens der Störung der öffentlichen Ruhe, der Theilnahme an geheimen, der bestehenden „Ordnung“ schädlichen Vereinen, der Falschmeldung u. dgl. an. Die Verhandlung wird in polnischer Sprache geführt, da die drei Herren aus Rußland derselben aber nicht genug mächtig sind, antworten sie russisch.

21. März. „Biel Lärm um Nichts!“ Geheim wurde die Schlussverhandlung in dem Sozialistenprozeß durch drei Tage geführt und es zeigte sich endlich, daß die Angeklagten der österreichischen Regierung gegenüber nichts verschuldet haben und sich höchstens der Pöbelübertretung, Beleidigung der Polizeiwache, falscher Meldung u. s. w. schuldig erwiesen. Vorgestern wurde daher das Urtheil des k. k. Strafgerichtes veröffentlicht. Der hiesige Akademiker Herr Pawlik wurde wegen Unterhaltung von Correspondenzen (hört!) mit bekannten Sozialdemokraten zu acht Tagen und die russischen Unterthanen H. Jastrzemski und Czerepakina zu einem Monat einfachen Arrestes verurtheilt, Karatjew aber wurde von aller Schuld freigesprochen. Der Letzte wurde gleich der Polizeibehörde übergeben, die ihn über die Grenze in der von ihm zu wählenden Richtung schaffen wird. Die zwei anderen russischen Herren werden auch gleich nach ausgehandelter Arreststrafe Oesterreich zu verlassen gezwungen sein. So endete der große Rihilistenprozeß, aus dessen Verlauf wir erfahren haben, daß es in Oesterreich nicht erlaubt sei, mit Sozialdemokraten in Correspondenz zu treten.

Hamburg, 25. März. Aus unserem Nachbarlande Altona-Wandsbeck sind verschiedene interessante Sachen zu melden. So fand in Altona den 23. März vor dem dortigen Kreisgericht eine Verhandlung statt, in welcher der Staatsanwalt einen strafschwereren Grund darin fand, weil die Angeklagten Sozialdemokraten seien und, von Parteihass geleitet, eine Schlägerei provoziert hätten. Die alte Geschichte! — Die Liberalen haben sich schnell nach der ersten Siegeshöhe wieder abgekühlt, so daß man wohl behaupten kann, ein neuer Wahlkampf in Altona-Stormarn würde für dieselben nicht siegreich ausfallen. So hat ein Bauer mit Namen Wolgast aus Elmhorst bei Bargteheide am Tage der Stichwahl im Auftrage mehrerer Mitglieder des liberalen Agitationscomitès sein Fuhrwerk gegen Entschädigung von 21 Mark zur Verfügung gestellt, ohne jedoch bis jetzt Zahlung erhalten zu haben. Zweimal hat er sich schon an den Kassirer des liberalen Agitationscomitès, Herrn Lindemann in Wandsbeck, gewandt, dieser aber gab den Bescheid: „Ihr Geld sei alle, sie hätten noch 1000 Thaler Schulden; vor der Wahl hätten sie Sade voll gehabt, er müsse sich noch gedulden, damit durch Sammlungen, wozu das Landgebiet auch etwas thun müsse, Alle befriedigt würden.“ Der Bauer Wolgast hat darauf erklärt, daß er doch lieber für die Sozialdemokraten gefahren hätte, denn diese hätten am Abend, wenn sie einmal ein Fuhrwerk gebrauchten, gleich ihr Geld gezahlt und dem Richter noch ein gutes Trinkgeld gegeben. — In Wandsbeck ist Herr E. V. Richter gegen die Sozialdemokratie in einer öffentlichen Versammlung aufgetreten; er plaidirte für stramme Disziplin in der Armee in seiner bekannten Korporalweise, dann für Beibehaltung der bestehenden Heere u. s. w., so daß ein in der Walle gefärbter Nationalliberaler den Vortrag hätte ebenso halten können. Sämtliche liberalen und conservativen Zeitungen loben Herrn Richter, voran der „Hamburgische Correspondenz“. Auch sprach der Redner sehr viel von „Wissenschaft“, „Versöhnung“, „Liebe zum Guten“ und dabei schimpfte er natürlich auf die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands in der bekannten Weise — er sprach vor Bourgeois und einigen Bräunern — und nahm dabei den Mund bedeutend voll, während er auf dem Parteicongreß zu Gotha so zahm, so schüchtern oder sogar wie es offen heraus, so feig war, daß er seine Ansichten nicht offen und frei zu vertreten wagte. Das Bräunerische Blatt sagt, daß die Versammlung größtentheils von Besitzenden und „qualifizirten“ Proletariern (?) (der Referent hat einmal von „qualifizirter Arbeit“, wie Lassalle sich ausdrückt, gehört) besucht gewesen sei; man habe ein Eintrittsgeld erhoben, um die gewöhnlichen Handarbeiter fern zu halten, „weil Richter bei diesen gewöhnlichen Handarbeitern nicht zu Worte hätte kommen können“. Das glauben wir wohl — gewöhnliche, das heißt einfache und vernünftige Arbeiter lassen sich von Negativen nichts vorgaukeln. Die „gewöhnlichen“ Handarbeiter sind entsetzten Kämpfer, als die „qualifizirten“ Handwerker einer obskuren Aergelation. Herr E. V. Richter verübte zum Schlusse noch ein kleines Demagogisches, indem er meinte, daß, wenn man dem Treiben der Sozialdemokraten (sozialistische Arbeiterpartei) nicht Einhalt gebiete (mit Ketten und mit Banden, mit Pulver und Blei, Herr Richter?), die Arbeiter aus Trümmern und Leichen ihr Ziel zu erreichen suchen könnten. Also auch Herr Richter wollte seinen Zahlreichen Gefolgsleuten durch den Hinweis auf den Knüttel und die Petroleumflasche! Warum nicht die Schnapsflasche, Herr Richter? — Der Schnaps allerdings ist für einzelne Leute eine lieblichere Erscheinung, derselbe fördert auch mancherlei schöne Redebühnen zu Tage. Doch verlassen wir den Richter, der in den „gewöhnlichen“ Arbeitern seinen Richter schon gefunden zu haben scheint. — Zum Schlusse wollen wir noch erwähnen, daß bei der letzten Wahl in Altona

viele Wähler zurückgewiesen worden sind, weil ihre Kinder in die Armenschule gingen, oder weil der Armenarzt oder der Armenanwalt ihnen ein oder das andere Mal zur Verfügung gestanden hatte. Wenn aber das Wahlrecht so angelegt werden soll, dann können auch diejenigen Leute nicht wählen, deren Söhne zum Studiren oder um das Jahr als Einjährig-Freiwillige absolviren zu können, aus Staats-, Provinzial- oder Gemeindefonds Stipendien erhalten. Auch wird auf manchen Gymnasien und Realschulen einzelnen begabten Schülern das Schulgeld erlassen, so daß deren Eltern, analog den Vorgängen in Altona, gleichfalls von den öffentlichen Wahlen ausgeschlossen wären. Verfolgt man diese Angelegenheit in's Einzelne, so wird man sehr eigenthümliche Schlussfolgerungen ziehen müssen. Bei der Prüfung der Altonaer Wahl im Reichstage muß von Seiten der sozialistischen Abgeordneten diese Frage zu eingehender Erörterung angeregt werden.

Braunschweig. Gegen eine in Nr. 25 des „Vorwärts“ erschienene Correspondenz aus Braunschweig veröffentlicht ein Herr William Huch, Obergerichts-Advokat und Notar, eine „Braunschweig, den 7. März 1877“ datirte „Berichtigung“, die wir, da sie dem „Vorwärts“ nicht zugesandt wurde, zufällig in anderen Zeitungen, wo sie als bezahlte Annonce figurirt, gefunden haben. Der Verfasser der „Berichtigung“ ist zwar offenbar sehr aufgebracht, da er aber das in jener Correspondenz betreffs des Lotterietaxiinspectors Wolff u. s. w. Gesagte eher bestätigt als widerlegt, so haben wir keinen Grund, weitere Notiz von der „Berichtigung“ zu nehmen. R. d. V.

Mannheim. (Berichtigung.) In der Notiz „Eine Literatenperle der herrschenden Klassen“ in Nr. 26 des „Vorwärts“ wurde anlässlich des Prozesses Brentano gesagt: „Es schien dem liberalen Parteiführer (jetzigen Reichstagsabgeordneten) Kiefer als Staatsanwalt schwer zu fallen, einen jahrelangen, getreuen Kämpfer (den Lumpazus Brentano) der Berechtigtheit zu überlieferen.“ Dem entgegen erfahren wir aus bester Quelle, daß Oberstaatsanwalt Kiefer in dieser Sache voll und ganz seine Schuldigkeit gethan hat, was wir hiermit rückhaltlos constatiren.

Frankfurt a. M., 14. März. Der heutige „Volksfreund“ enthält Folgendes: Wir fordern Grundrechte! Für die Sonntagvormittag, 25. März, im Saale des Schützenhofes zu Vornheim stattfindende große Volksversammlung, zu der alle freisinnigen Männer eingeladen sind, und in welcher die gegen den jetzt herrschenden Nothstand zu ergreifenden Maßregeln beraten werden sollen, schlagen wir folgende Resolution zur Besprechung und Beschlussfassung vor:

„In Erwägung, daß einem Volke, dessen politische Rechte nicht den ihm auferlegten Pflichten entsprechen, niemals die Verantwortung für die in Staat und Gemeinde ausbrechenden Mißstände auferlegt werden kann, diese Verantwortung aber thatsächlich stets durch die Gewalt der bestehenden, nicht durchgehends auf den Grundsätzen der Gleichheit und Gerechtigkeit beruhenden politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen von dem arbeitenden Volke in materiellen Entbehrungen getragen wird, erwarten die unterzeichneten Wähler von dem Abgeordneten für Frankfurt a. M., Herrn Karl Holthof, daß er mit aller Kraft dafür im Reichstage eintrete, daß folgende politische Forderungen in der Reichsverfassung auf Grund des Art. 4 derselben, nach welchem die Gesetzgebung des Reiches für die Bestimmungen des Staatsbürgerrechts competent ist, als Grundrechte der deutschen Reichsbürger in einem besonderen Abchnitte gesetzliche Anerkennung finden, mit deren Inkrafttreten die entgegenstehenden Gesetze der Einzelstaaten auf Grund der Bestimmungen des Art. 2 der Reichsverfassung aufgehoben werden.

- 1) Jeder Deutsche, welcher das 20. Lebensjahr vollendet hat und im Vollgenusse seiner staatsbürgerlichen Rechte ist, hat in der Commune, wo er seinen Wohnsitz hat, das Stimmrecht für alle Gemeinde-, Kreis-, Provinzial-, Land- und Reichstagswahlen.
- 2) Für alle Wahlen sind die Eintheilungen nach Klassen (Klassenwahlen) und die Beschränkungen des Wahlrechts nach Maßgabe des Besitzes (Censurwahlen) aufgehoben.
- 3) Jede Wahl findet durch geheime, direkte und obligatorische Stimmabgabe statt.
- 4) Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Die Rede- und Pressefreiheit darf nicht durch besondere (Presse-) Gesetze beschränkt werden.
- 5) Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Niemand soll von Staatswegen zu einer kirchlichen oder religiösen Handlung gezwungen werden. Demnach ist der religiöse Eid abgeschafft; an seine Stelle tritt die Wahrheitsversicherung, auf welche die gesetzlichen Bestimmungen über Meineid Anwendung finden. 4) Die Deutschen haben das Recht, sich in geschlossenen Räumen oder unter freiem Himmel zu versammeln. Einer besonderen Erlaubniß dazu bedarf es nicht. 5) Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden. Alle die Vereins- und Versammlungsfreiheit beschränkenden Gesetze sind aufgehoben. Wir sind der Ueberzeugung, daß eine radikale Beseitigung solcher Kräfte, wie sie in immer kürzeren Zeiträumen die Culturländer beider Erdhälften treffen, nur durch eine soziale Umgestaltung von Grund aus zu erreichen ist, halten aber dafür, daß auf dem Wege der Gesetzgebung durch eine umfangreiche Herabsetzung der Heerespräsenznummern, mit welcher die Errichtung cantonaler Land- und Volkswehren zu verbinden wäre, durch Abschaffung der Besteuerung von Nahrungs- und gewohnheitsmäßigen Genussmitteln die Lasten der arbeitenden Volksmassen bedeutend zu erleichtern sind. Um dem augenblicklichen überall im Deutschen Reich herrschenden Nothstande abzuhelfen, erwarten die Unterzeichneten als nächste Maßregeln die schleunige Inangriffnahme derjenigen gemeinnützigen Bauten, für die öffentliche Mittel bereit gestellt sind, besonders von Straßen, Canälen und Eisenbahnen. Sollten diese Maßregeln zur Beseitigung der Noth nicht ausreichen, so sind ferner die bisher vernachlässigten ländlichen und kleinstädtischen Kranken- und Schulhausbauten in solcher Weise herzustellen, daß in den Schulgebäuden außer für die Lehrkräfte in würdiger Weise für öffentliche Bibliotheks-, Les- und Vortragssäle gesorgt werde. In den größeren Städten ist durch Abbruch der Casernen Raum und Material zu gewinnen, an deren Stelle wissenschaftliche und gemeinnützige Institute, öffentliche Gemeinde- und Bezirkshäuser zu setzen, den ihrer Dienstpflicht obliegenden Staatsbürgern dagegen in Bürgerhäusern Obdach zu geben, damit die dem Gemeinwesen schädliche Abschließung des Militärs beseitigt werde. Wir wünschen, daß der Herr Abgeordnete für Frankfurt a. M. im deutschen Reichstage entschieden dagegen eintrete, daß den

Gemeinden und Einzelstaaten empfohlen werde, die zur Abhilfe des Nothstandes erforderlichen Mittel auf dem Wege der verzinslichen Anleihen beizuschaffen. Hieraus würde dem arbeitenden Volke eine neue Steuerlast erwachsen.

Wir verlangen vielmehr Abschaffung des Systems der verzinslichen Staats- und Gemeindefschulden und erwarten, daß die deutschen Staaten noch stark genug sein werden, durch unverzinsliches, nach bestimmter Frist wieder einzuziehendes Staatspapiergeld und Einkommensteuernzuschläge sich und ihren Gemeinden zu helfen.

Franz Kohleder, Karl Frohme. (Diese Resolution soll dem Abgeordneten für Frankfurt a. M. überreicht, den demokratischen und sozialdemokratischen Abgeordneten, dem Bureau des Reichstages und dem Bundesrathe in Abschrift mitgetheilt werden.)

Warnung. Es treibt sich unter dem Namen Michaelis ein angeblicher Parteigerosse herum, der bloß darauf ausgeht, die Parteigenossen auszubeuten. Derselbe giebt an, ein Schlosser aus Dresden zu sein. Da wir aber dessen Gesahren als Schwindel erkannt haben, so warnen wir, sämtliche Unterzeichnete, hiermit alle Parteigenossen vor dem Michaelis. W. Seel, Ludwigshafen. J. Schmalbach, Ruitersbad. W. Gerhold, Hahlsch. W. Hartrich, Speier. Tob. Guth, Neustadt. Ant. Gabler, Neustadt. D. Klein, F. Gramann, Bevollmächtigter des Tischlerbundes, Ludwigshafen. Gelegentlich des badiß-pfälzischen Arbeitertages wurde die Veröffentlichung obiger Warnung beschlossen. Ludwigshafen, 25. März 1877. W. Seel.

Berichtigung. Am Schluß der Notiz „Insam“ in der sozialpolitischen Uebersicht der letzten Nummer sind einige Worte ausgelassen, wodurch ein Sinn- und Stilfehler entstanden ist. Es muß heißen: Die Unsterblichkeit, nach der er strebt, freilich nicht die, nach der er gestrebt, ist ihm aber zu Theil geworden: Die Unsterblichkeit der Insamie.

Briefkasten. In Nr. 26 in Nr. 27: Sommer ist aus Sonderhausen — scheint also der Richtige. der Expedition. F. A. Postmaster Berg Buffalo: Wir werden mit R. sprechen. — Loges Hannover: Die Aenderung der Geschäftsannonce von Rudolph kam leider zu spät. Cautzung, Grünth Lindenau Ab. 16,10. Rthl. Cuedlinburg Ab. 3,00. Ehrh. B. Aicha Ab. 15,00. Schmitt Schrobenhausen Ab. 1,00. Rthl. Stuttgart Schr. 3,25. Pittman München Schr. 8,88. Arnold Königsberg Schr. 9,14. Stamm Jitta Schr. 5,15. Brdm Gotha Schr. 5,95. Pmann hier Ab. 1,00. Ordg. Wiesen Schr. 8,40. Wllc. Leising Schr. 4,80. Eldrig Königsberg Schr. 4,58. Pmann Hirschberg Schr. 1,20. Styp Weyer 6,75. Dep. Berden Ab. 7,80. Ehrhd. Otensen Ann. 36,00. Pfar. Nagan Schr. 4,60. Am Ende Fichopau Schr. 32,90. Fr. Osnabrück Ab. 8,90. Fr. Schwab. Gmünd Ab. 20,00. Albr. Pöllingen Ab. 9,00. Sirch. Kaiserlautern Schr. 4,00. S. Brth Mainz Ab. 50,00. J. Sch. Wien Ab. 4,95. Brdg. Wien Schr. 10,00. Expedition der „Hafel“ hier Ab. 7,65. Ulrich hier Ab. 5,40. Egs Hannover Ann. 1,30. Genossenschaftlicher Eöln Ann. 2,50. Trifsch Diepholz Ab. 1,00. Engl. Reudunz Ab. 14,60. Schurr. Lübeck Ab. 6,90. P. Grunn Kopenhagen Ab. 4,04. Expedition des „Volksfreund“ Düsseldorf Ab. 12,00. Wj. Goldammer Ab. 9,45. Sirch. Wien Ab. 3,96. J. Währ. Wladenz Ab. 4,80. C. Müller Graz Ab. 7,09. Pmann Wendsburg Schr. 2,84.

Ich frage Herrn Vensch, Hamburg, ob ihm von Dessau zur Stichwahl in Altona Gelder eingekandt sind und wieviel? Dessau, den 25. März. Ernst Häbiger.

Agitationsfond. Wie ein preussischer Lehrer fortgesetzt den Tod seines Collegen Höfer rächt. Zur Nachahmung empfohlen. Markt 10,00.

Fond für Gemahrelte. Vom Arbeiterverein Plagwitz b. A. 1,01.

Hannover. Am 2. Ojertag: Musikalische Abendunterhaltung und Vorträge bei G. Voges, Jhmbrückstraße 3. (3. 161)

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 31. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. Voges, Mittelstraße Nr. 11. (3. 161)

Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Reineke über „Die Wissenschaft und die Arbeiter“. Der Vorstand. (0,70)

Volkmarsdorf. Sonnabend, den 31. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. Süße:

Einwohner-Versammlung. Tagesordnung: Die Steuer- und Schulfrage. Referent Gemeinderathsmittglied Dohue. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Das geeinte Comité des Arbeiter- und Gemeinde-Vereins. (0,90)

Genossenschaftstischlerei Cöln. (Eingetragene Genossenschaft.)

Samstag, den 7. April, Abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung im Lokale des Herrn Jonas Sirett, Zeugasse 10a. Tagesordnung: Rechnung des Vorstandes. Alle Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. (3. 65) Der Aufsichtsrath. (240)

Todesanzeige. Unseren Freunden die traurige Mittheilung, daß unser unvergesslicher Freund und Gesinnungsgenosse

Anton Rich heute Mittag 12 1/2 Uhr von seinen langen und schmerzlichen Leiden durch den Tod erlöst wurde. Das Begräbniß findet Freitag Nachmittag 4 1/2 Uhr vom Sterbehause, Kreuzgasse 17a, statt. — Zu recht zahlreicher Theilnahme laden ein im Auftrage der hiesigen Sozialisten: 270] Fr. Harrendorf, G. Schumacher, R. Blankenhagen.

In dem am 1. April beginnenden neuen Quartal der

„Freien Glocken“ redigirt von Dr. August Specht, kommt u. a. zur Veröffentlichung: „Die Entziehung des Lebens auf der Erde“, „Aus dem Katechismus der neuen Weltanschauung“ und verschiedene andere Artikel belehrenden, freireligiösen Inhalts. (2) Bestellungen nimmt jede Postanstalt oder Buchhandlung entgegen. Preis pro Quartal 75 Pfg. (3. 60) Leipzig. R. G. Föhme, Verlagsbuchhandlung.

Bis spätestens Ende März a. c. müssen alle Rückstände auf Schriften, Neue Welt- u. Vorwärts-Abonnements regulirt sein, basiren nicht Einstellung weiterer Lieferungen erfolgen soll. Inventur und Bücherabfuhr, sowie die Nothwendigkeit eigene Verpflichtungen rechtzeitig zu erfüllen, machen dieses Verfahren nothwendig. Separatmahnungen werden wir also nicht mehr erfolgen lassen. Die Expedition des Vorwärts u. Genossenschaftsbuchdruckerei. Braunschweiger Redakteur: W. Liebsch in Leipzig. Redaktion und Expedition: Färberstraße 12/II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.